

Antrag zur Unterstützung einer Anti-Militarismus Konferenz

Antragstellerin: Arbeitsgemeinschaft Internationalismus

Der Kreisverband unterstützt die derzeit durch die AG Internationalismus in der Planung befindliche Antimilitarismus-Konferenz am 27.02.2027 mit personellen und finanziellen Mitteln.

Gleichzeitig schafft der Kreisvorstand weitere Debatten- und Bildungsräume zu Krieg, Aufrüstung und Militarisierung. Dabei sollen insbesondere die gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Krieg und Aufrüstung sowie die damit verbundenen politischen Entscheidungen diskutiert werden. Bei der Organisation der Debatten- und Bildungsräume wird Rücksprache mit der AG Internationalismus gehalten, um inhaltliche Dopplungen und Terminüberschneidungen zu vermeiden. Es wird außerdem angestrebt, externe Expert*innen zu der Thematik einzuladen. Dafür dürfen Gelder aus dem Budget der „Allgemeinen politischen Arbeit“ in einem angemessenen Rahmen zum Gesamtbudget verwendet werden.

Die Debatten werden darauf ausgerichtet, die Zusammenhänge zwischen Aufrüstung, sozialen Kürzungen, industrieller Umrüstung und den Interessen der Beschäftigten stärker in den Mittelpunkt unserer politischen Arbeit zu rücken. Ziel dabei ist, gemeinsam mit der Basis antimilitaristische Positionen weiterzuentwickeln und konkrete politische Handlungsmöglichkeiten für den Kreisverband zu erarbeiten.

Begründung:

Vom 9. bis 12. März 2027 findet in Hannover die Rüstungsmesse DSEI Germany statt. Die bisherigen Prognosen sprechen von rund 25.000 Besucher*innen und 900 Ausstellern aus 60 Ländern. Damit wäre die DSEI Germany auf Anhieb die größte Rüstungsmesse Deutschlands und würde zu den zehn größten Rüstungsmessen weltweit gehören.

Dass eine Rüstungsmesse dieser Größenordnung in Hannover stattfinden soll, macht die zunehmende Bedeutung der Rüstungsindustrie und der gesellschaftlichen Militarisierung unmittelbar vor Ort sichtbar. Aufrüstung ist keine abstrakte außenpolitische Frage. Sie betrifft die Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen, die Zukunft von Industriearbeitsplätzen, öffentliche Investitionen und die Frage, wofür produziert wird und welche gesellschaftlichen Bedürfnisse Vorrang haben.

Als Arbeitsgemeinschaft Internationalismus sehen wir deshalb die Notwendigkeit, der zunehmenden Militarisierung eine sichtbare politische und gesellschaftliche Debatte entgegenzusetzen.

Ein besonderer Schwerpunkt muss dabei auf den Folgen steigender Rüstungsausgaben und der damit einhergehenden Verschiebung gesellschaftlicher Prioritäten liegen. Während Milliarden in Aufrüstung und militärische Infrastruktur fließen, stehen soziale Bereiche zunehmend unter Kürzungs- sowie Spardruck. Diese Entwicklung muss innerhalb unserer Partei kritisch diskutiert und mit der Frage verbunden werden, welche gesellschaftlichen Alternativen wir der zunehmenden Militarisierung entgegensetzen.

Die geplante Antimilitarismus-Konferenz der AG Internationalismus kann hierfür einen wichtigen Raum schaffen. Sie bietet die Möglichkeit, unterschiedliche Perspektiven zusammenzubringen, die Zusammenhänge zwischen Krieg, Aufrüstung, Kürzungspolitik und industrieller Umrüstung sichtbar zu machen und gemeinsam politische Alternativen zu entwickeln. Gleichzeitig darf die notwendige Auseinandersetzung mit diesen Fragen nicht auf eine einzelne Konferenz beschränkt bleiben. Sie muss dauerhaft in unserem Kreisverband geführt und gemeinsam mit der Basis weiterentwickelt werden.

Aus dieser Notwendigkeit heraus wollen wir sowohl die geplante Konferenz stärken als auch langfristig Räume schaffen, in denen antimilitaristische Positionen diskutiert, weiterentwickelt und mit sozialen und wirtschaftlichen Fragen verbunden werden können.